

Aussprache über Preispolitik

Berlin, 3. August.
Über die am Montagnachmittag stattfindende Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Führern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wird mitgeteilt, daß die Besprechung nichts mit dem Konflikt in der Metallindustrie und mit den Richtlinien des Arbeitsministeriums für Vergabe von Aufträgen des Reiches zu tun haben wird. Sie wird lediglich eine Aussprache über die Preispolitik sein.

Die Vertreter der Industrie haben um die Besprechung nachgefragt, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung in Fragen der Preispolitik zu orientieren, andererseits will die Reichsregierung sich auch über die Auffassungen unterrichten, die über dieses Problem in der Industrie herrschen.

Reichshilfe für die Reichsbahn

Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, hat das Reich einen Teil der Belastung der 150 Millionen M. Schahanwendungsmittel der Reichsbahn übernommen, und zwar hat sich das Reich zur Zahlung der gesamten Zinslasten und auch des Disagios für die volle Laufzeit der Schahanwendungsmittel, also für 10 Jahre verpflichtet. Die Zinsbelastung macht insgesamt 45 Millionen M. oder 9 Millionen M. jährlich aus. Das Disagio stellt sich insgesamt auf 11,25 Millionen M. Insgesamt wird die Reichsbahn dadurch um 56,25 Millionen M. oder jährlich 11,25 Millionen M. in ihrer Betriebsrechnung entlastet.

Wieder eine neue Lage

(Von unserem innenpolitischen Mitarbeiter).
Nachdem man sich in politischen Kreisen schon damals abgefunden hatte, daß für diesen Wahlkampf die Aussichten für die Sammlung aller bürgerlichen Kräfte auf breiterster Grundlage und die Bildung einer Massenpartei der Mittte als Schluß gegen die staatszerstörenden radikalen Kräfte aus der Linken und Rechten bereits entschwunden seien, ist eine neue Wendung der Lage eingetreten. Einer der Führer der neuen Deutschen Staatspartei, Minister a. D. Koch, hat an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst nochmals betont, daß die Türen der neuen Partei weit offen stehen und Mitglieder aus allen gesinnungsverwandten Kreisen gleichberechtigt an der Bestimmung der Führerschaft und der parlamentarischen Arbeit beteiligt seien, wenn sie sich zum Anschluß entschließen.

Wenn aber seine eigene Person im Wege stehe, weil er die Art der Gründung der neuen Partei zu verantworten habe, so sei er bereit, den Weg freizumachen und schlage zur Ausschaltung aller Hemmnisse vor, daß sowohl er wie Dr. Scholz sich von der Führung der neuen Partei zurückhalten und sie anderen Kräften überlassen.

Nur so werde es gelingen, alle gesinnungsverwandten Kreise zu fruchtbare politische Arbeit in einer großen Staatspartei zu vereinen. An die Stelle von Koch im Aktionsausschuß der Staatspartei ist bereits der preußische Finanzminister Dr. Höppner-Uichoff getreten. Selbstverständlich hat dieses Schreiben Kochs in allen politischen Kreisen außerordentliches Interesse erweckt. Zwischen Höppner-Uichoff und der D.V.P. werden in den nächsten Tagen Besprechungen stattfinden, um die Sachlage zu klären.

Ob vor den Wahlen noch der große Wurf der Gründung einer neuen Einheitspartei gelingen wird, steht dahin. Für eine solche Lösung wäre der Wahlkampf bereits zu weit vorgeschritten. Auch wird von volksparteilicher Seite darauf hingewiesen, daß Koch-Weyer wegen des Widerspruches in seinen eigenen Reihen ohnehin hätte zurücktreten müssen. Die Forderung auf den Rücktritt von Scholz steht offenbar auf Ablehnung innerhalb der Deutschen Volkspartei. Möglich, daß man sich erst nach den Wahlen über den Weg einer Fraktionsgemeinschaft um weiteren Zusammenschluß bemüht. Eine neue Initiative in der Richtung des Zusammenschlusses von Staatspartei und Volkspartei ging auch von der Reichsgemeinschaft junger Volksparteier aus, die am Sonntag in Kassel ihre Reichsvertretung abhielt.

Selbstverständlich wäre eine Sammlung in diesem Sinne nur möglich als Zusammenschluß von Links und Rechts nach der Mitte.

Vorläufig ist die Lage die, daß die Staatspartei erklärt, man möge zu ihr kommen und die Volkspartei ihrerseits, die Tore für den Anschluß der Staatspartei an die bis jetzt beabsichtigte Gruppierung der neuen Rechten stünden offen. Wenn man sich einigen will, muß man einander entgegenkommen.

Explosion in einer Benzolfabrik

Esen, 4. August.

In der Benzolfabrik der Zeche Königin Elisabeth, Schacht Hubert, in Esen-Friessendorf, ereignete sich gestern nachmittag in dem Röhrenwerk für das Benzol-Vorprodukt eine Explosion. Hierbei wurde ein Mann getötet. Der Unfall ereignete sich auf dem Wege zur Unfallstelle infolge der Aufregung eines Hirschlags. Außerdem wurden noch drei Kokereiarbeiter durch herumfliegende Glassplitter verletzt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

Großbrand in Schweden

50 Häuser niedergebrannt

Stockholm, 4. August.

In der nord schwedischen Gemeinde Nyköping entbrannte gleichzeitig an zwei Stellen Feuer aus, dem etwa 50 Häuser zum Opfer fielen. Nur 10 Gebäude konnten gerettet werden. Es handelt sich um kleinere Holzhäuser. Der Materialschaden beträgt etwa 300 000 Kronen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Wegen Verdachts der Brandstiftung wurde ein Mann verhaftet.

Die „City of New-York“ zerstört

Harbour-Grace (Neufundland), 4. August.

Das Flugzeug „City of New-York“ ist beim Versuch, zum Weiterflug um die Welt zu starten, zu Bruch gegangen. Die beiden Flieger sind unverletzt. Das Flugzeug

startete in der Dunkelheit bei künstlicher Beleuchtung mit großer Geschwindigkeit. Infolge Bruchs des Fahrgerüstes geriet der Apparat in eine Baumgruppe, wobei er in Trümmer ging.

General Kundt geht nach Deutschland

New-York, 4. August.

Der frühere bolivianische Generalstabsoffizier General und ist wohlbehalten in Peru eingetroffen und hat heute seine Reise nach Deutschland angetreten.

Allerlei Neuigkeiten

Spinale Kinderlähmung in Mannheim. Zwei aus Straßburg nach Mannheim zurückgekehrte Kinder erkrankten an spinaler Kinderlähmung. Eines der Kinder ist bereits gestorben. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß es sich nicht um ein epidemisches Auftreten handle und daß die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung eines Ausbreitens der gefährlichen Krankheit getroffen sind.

Mord und Selbstmord eines Kranken. Sonnabend früh überfiel der bei dem Kreiswegewärter Müller in Döndorf (Anhalt) wohnende 26 Jahre alte Arbeiter König die Angehörigen Müllers. Er zog einen Revolver und feuerte auf alle Personen, die ihm in den Weg traten. Die 28jährige Frau Müller wurde getötet, ihre 60jährige Schwiegermutter lebensgefährlich verletzt. Darauf töte sich König selbst. Der Täter litt an einem Nasenkrebs und war sehr streitig.

Der Blitz sucht seine Opfer. Nach einer Meldung aus Megiddo schlug der Blitz in einen Weizenstrohacker, unter dem mehrere Arbeiter gegen den Regen Schutz gesucht hatten. Ein Mann und ein Mädchen wurden getötet, zwei Personen lebensgefährlich und zwei schwer verletzt.

Köthen (Anhalt). Aus dem Hause des Kreiswägewärters Müller in dem benachbarten Döndorf erschien Sonnabend früh gegen sieben Uhr vier Schüsse. Hinzuellende Personen fanden den dort wohnenden 20jährigen Arbeiter König mit einem Kopfschuh vor der verschlossenen Haustür liegen. Man drang in das Haus ein und stieß auf die 28jährige Frau Müller, die mit einem Brustschuh tot am Boden lag. Im ersten Stock stand man die 60jährige Schwiegermutter mit zwei Brustschüssen, die aber noch berichten konnte, daß ein Streit stattgefunden habe, in dessen Verlauf König auf sie und die junge Frau Müller drei Schüsse abgegeben habe, worauf er sich selbst das Leben zu nehmen versuchte. Die Männer der beiden Frauen bestätigten, daß König, der an Nasenkrebs litt und deshalb sehr unverträglich war, schon wiederholt mit den Frauen Streit hatte. Die schwerverletzte alte Frau und König wurden dem Köthener Krankenhaus zugeführt. Man hofft, die Frau am Leben erhalten zu können. König dürfte kaum zu retten sein.

Magdeburg. Auf die von der Arbeitsgemeinschaft der Elbflößfahrt dem Reichsverkehrsminister zugegangene Entschließung betreffend die baldige Inangriffnahme der Niedrigwasserregulierung der Elbe hat der Minister geantwortet, daß er die Regulierung der Elbe von der tschechischen Grenze bis Hamburg als eine seiner nächsten großen Aufgaben betrachte. In dem Regulierungsentwurf sollen die Aenderungen berücksichtigt werden, die das Bett und die Abflußverhältnisse in den letzten Jahrzehnten erfahren haben. Der endgültige Entwurf soll bis Ende 1930 fertiggestellt sein. Für den Entwurf einer verschärften Regulierung werde allerdings noch das Jahr 1931 in Anspruch genommen werden müssen. Nach ihrer Prüfung werden ihre Ergebnisse dem Elbwasserstraßenrat übergeben.

Merseburg. Das unvorsichtige Umgehen mit Streichhölzern durch spielende Kinder hat wieder einmal großen Schaden angerichtet; im benachbarten Schäßburg brannten durch diese Leichse zwei Betriebediensteten nieder, während die benachbarte Scheune von den Flammen verbrant wurde. Die Ernte von etwa 90 Morgen wurde völlig vernichtet.

Prenzlau. Bei dem letzten schweren Gewitter schlug der Blitz in das Gemeindehaus und das danebenstehende neu erbaute Haus des Arbeiters Kiesewetter ein. Der Blitz nahm seinen Weg an der Lichtleitung entlang in den Keller und traf dort die Chefrau Marzat, die ihre Kellerfenster schließen wollte. Ihr wurde der rechte Arm und das rechte Bein gelähmt. Ihr wurde der rechte Arm und das rechte Bein gelähmt. Im Kleiderwettern Hause schlug der Blitz in die Lichtleitung und verbrannte den am Schalter stehenden Arbeiter K. im Rücken, während seiner Frau der rechte Arm gelähmt wurde. Brandshaben ist in beiden Fällen nicht entstanden.

Weimar. Wie verlautet, beobachtigt das Thüringer Justizministerium im Hinblick auf das vom Reich erlassene Wasenverbot die Einrichtung von Schnellgerichten anzuordnen, um bei Überschäumen und Versammlungsterror schnell einschreiten zu können.

Eisenach. Brandstiftung in den Hörselwerken? Die Entstehungsursache des großen Schadensfeuers in den Hörselwerken konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Da Brandstiftung vermutet wird, hat die Untersuchungskommission eine Belohnung von 3 000 RM ausgeschafft für Personen, die den oder die Täter zur Anzeige bringen, damit Bestrafung erfolgen kann.

Explosion im Nordostsee-Kanal. Am Sonnabendmorgen kollidierte bei Kilometer 73,5 im Kaiser-Wilhelm-Kanal der von Osten kommende deutsche Dampfer „Hedwigslütte“ mit dem von Westen kommenden deutschen Dampfer „Tyland“. Der Bergungsdampfer „Königsberg“ leistete sofort Hilfe. Dampfer „Tyland“ liegt jetzt an der Südböschung des Kanals und ist voll Wasser gelaufen. Die „Hedwigslütte“ hat bei dem Zusammenstoß nur leichten Bugsschaden davongetragen. Von den Besatzungen beider Schiffe ist niemand zu Schaden gekommen. Die Schiffahrt im Kanal ist durch den Zusammenstoß nicht behindert.

Tödlicher Motorbootunfall eines Zeitungsverlegers. Der Zeitungsverleger Martin Rahlen, Besitzer des „Völklinger Volksfreundes“ und Vorsitzender der Rheinischen Zeitungsverlegervereins (Bezirk Saar) und der Weinbänker Schawo sind bei einer Motorbootfahrt auf der Mosel oberhalb von Zell ertrunken. Das Motorboot wurde durch eine hohe Sturzwelle eines Schleppdampfers mit Wasser gefüllt und verlor. Drei weitere Insassen konnten gerettet werden.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges. Dieser Tag ist bei Montpellier ein französisches Militärflugzeug brennend abgestürzt. Die beiden Insassen kamen ums Leben.

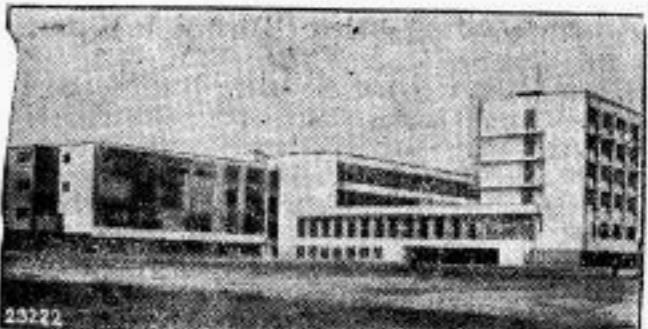
Aus dem Gerichtszaal

Ein deutsch-französischer Prozeß

An einem schönen Sommertage im Juni weite eine Gruppe französischer Schwimmer zu einem Bänderkampf in dem Städtchen Zelt in Mitteldeutschland. Ein Teil der Gruppe besuchte am Abend ein Tanzlokal, und zwei Franzosen begleiteten schließlich zwei deutsche Mädchen auf ihrem Heimweg. Darüber entrüsteten sich verschiedene der Nationalsozialistischen Partei nahestehende oder ihr angehörende junge Leute. Es kam zu Auseinandersetzungen, in denen Verlauf ein unbeteiligter Deutscher, und zwar just einer von denen, die die Franzosen in Schutz genommen hatten, einen Messerstich erhielt. Wegen dieses Messerstichs, dessen Urheber man in dem jungen französischen Schwimmer Cuveller aus Tourcoing in Nordfrankreich sah, fand eine Verhandlung vor dem Bezirks-Schnellrichter statt, der den Franzosen zu 4 Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung verurteilte. Der Franzose legte Berufung ein, und die Berufungsverhandlung stand vor der kleinen Strafkammer des Naumburger Landgerichts in Weißenfels statt. Der Franzose und mit ihm der Führer der französischen Schwimmergruppe bestritten mit großer Hartnäckigkeit, daß auch ein einziger der Teilnehmer im Besitz eines Messers gewesen sei. Das Gericht hielt sich jedoch im wesentlichen an die Aussagen des Gestohlenen selbst, eines gewissen Schröder, der in dem Franzosen den Täter sieht und beließ es bei der vom Bezirks-Schnellrichter festgesetzten Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Dieses Urteil hat sowohl in der deutschen, als auch in der französischen Presse ein ungeheuer starkes Echo gefunden. Ein Teil der deutschen Presse behauptet, daß die Berufungsverhandlung zumindest mit einem „non liquet“ geendet habe. Wenn man einem Verdächtigen die Schuld nicht beweisen könne, dann müsse nach der von altersher geübten Rechtsprechung Freispruch erfolgen. Die Kritik in Frankreich ist natürlich weit schärfer. Man spricht dort von einem „skandalösen Urteil“, und die französische Presse schlägt sich offenbar an, das Urteil zu politischen Zwecken auszunutzen.

Der Verurteilte hat Revision angemeldet. Er befindet sich nach Sstellung einer Kautio[n] in Freiheit und ist nach Frankreich zurückgekehrt.



23222
Direktionswechsel im Dessauer Bauhaus
Das Dessauer Bauhaus, dessen bisheriger Leiter infolge der zunehmenden Politisierung durch Teile der Schülerchaft den Rücktritt nehmen mußte

Wirtschaftsumschau

steile Kursverluste an der Börse. — Die Notverordnung. — Deutschland und die Weltwirtschaftskrise. — Falischer und rücksichtiger Preissabbau.

Im Juli haben die Börsenkurse Rückgänge in einem Ausmaße erfahren, wie man sie nach den Kursstürzen der letzten Monate nicht mehr für möglich gehalten hatte. Kursverluste bis zu 20 Prozent und darüber sind keine Seltenheit. In der Tat ist es ja auch kein Wunder, daß die Börse, die selbst heute noch das beste und sicherste Barometer der Wirtschaft darstellt, so völlig darniedergeliegen, denn bisher ist noch nicht der leiseste Anlaß für eine Überwindung der Depression gegeben. Die Wirtschaft kann sich eben nicht erholen, solange die gegenwärtige politische Unsicherheit besteht. Das Deckungsprogramm der Regierung bedeutet gewiß keine Ideallösung; es wurde jedoch schon aus dem Grunde begrüßt, weil es der bestehenden Ungewissheit ein Ende mache. Nun ist es durch die Reichstagsauflösung zuerst Kraft gelegt worden und dann wieder in abgeänderter Formulierung, zum Teil verbessert, zum Teil aber auch verschlechtert, durch neue Notverordnungen abweichen. Gewiß ist mit den Notverordnungen ein zutes Stück Arbeit zur Befestigung der schwersten Notlage der deutschen Wirtschaft geleistet worden, und sicher wird die Wirtschaft die Notverordnung selbst als begrüßt, wo sie nicht in allen Einzelheiten ihren Wünschen entspricht. Aber es handelt sich doch eben immer nur um Notverordnungen, um Zwischenzustände, und die Deffensilität versteht es im Grunde nicht recht, weswegen die Regierung nicht die ihr in den Schoß gefallene Gelegenheit, einmal ohne Parlament zu regieren, mit größerer Initiative und Tatenfreudigkeit ergreifen und über den Rahmen einer bloßen Notregelung hinaus durchgreifende gesetzliche Maßnahmen vorgenommen hat, um die notwendige Senkung der Selbstkosten in der Wirtschaft herbeizuführen und der Produktion den unerlässlichen Schuh gegen ausländische Konkurrenz und Zerlegung durch staatsozialistische Maßnahmen zu gewähren. Das Lohn- und Preisproblem, das Steuerproblem, das Zollproblem, die Organisation des landwirtschaftlichen Absatzes, alle diese grundlegenden Fragen unserer Wirtschaftspolitik sind vorläufig noch völlig ungelöst, und es ist daher begreiflich, daß in der gesamten Wirtschaft der psychische Depression zuverändert andauert. Nur fast allen Industrien liegen überdies Berichte über unbefriedigenden und rückläufigen Geschäftsgang vor, und insbesondere in den Schlüsselindustrien Kohle und Eisen wird über einen weiteren beständigen Rückgang von Produktion und Absatz berichtet. Auch am Arbeitsmarkt ist kein Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen eingetreten: im Gegenteil, sogar die geringe, durch die Saison bedingte Abschaffung scheint ins Stocken zu geraten, ein Umstand, der besondere Beunruhigung wecken muß. Auch im Baugewerbe ist keine Spur irgendwelches Aufschwungs zu erkennen. Die Entlassungen von 10 Prozent der Angestellten in der Berliner Metallindustrie sind gleichfalls als ein besonders ernstes Zeichen der Lage anzusehen.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 2